

# Langer Kampf um Selbstständigkeit hatte keinen Erfolg

Schney wurde am 1. Mai 1978 als größter Stadtteil nach Lichtenfels eingemeindet / 1979 loderte der Hoffnungsfunke noch einmal auf

## LICHTENFELS

Nach langem erfolglosem Ringen um die Selbstständigkeit ließ sich Schney mit seinen 2700 Einwohnern als größter Ortsteil zum letztmöglichen Termin am 1. Mai 1978 nach Lichtenfels eingemeinden. Die Hoffnung, dass man ein Jahr später das Rad nochmals zurückdrehen und selbstständig bleiben könnte, zerschlug sich ebenfalls.

Unter Bürgermeister Nikolaus Stamm, der gleichzeitig Mitglied des Bayerischen Landtages war, deutete zu Beginn der Gebietsreform alles auf eine problemlose Eingliederung von Schney in die Kreisstadt Lichtenfels hin. Bei einer Besprechung von Stamm mit dem Lichtenfelser Bürgermeister Dr. Günther Hauptmann am 19. Juni 1973 herrschte Einigkeit hinsichtlich einer Eingemeindung möglichst noch in der freiwilligen Phase. Dabei legte man auch schon wichtige Punkte für einen späteren Vertrag fest. Diese Verhandlungsergebnisse bestätigte der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 9. Juli 1973 einstimmig. Sowohl Stamm als auch der Zweite Bürgermeister Erich Strähnz sahen keine andere Möglichkeit als eine Eingliederung nach Lichtenfels. Einer Verwaltungsgemeinschaft mit Lichtenfels oder Michelau gab man aufgrund der Nähe zu Lichtenfels keine Chancen.

Am 6. Mai 1974 verstarb völlig überraschend Nikolaus Stamm im Alter von erst 59 Jahren, so dass am 28. Juli 1974 Erich Strähnz zu seinem Nachfolger gewählt wurde.

## Anhörungsverfahren

Nachdem die CSU-Landtagsfraktion Ende 1974 einen Vorschlag an Innenminister Dr. Bruno Merk eingebracht hatte, die Kriterien zur Realisierung der Gebietsreform nochmals zu überarbeiten, schöpfte Schney wieder neue Hoffnung auf Erhaltung der Selbstständigkeit. Bei einer Juso-Versammlung im Juni 1975 sah Bürgermeister Strähnz dafür gute Chancen, falls das eingeleitete Anhörungsverfahren des Landtages zur Gebietsreform mit einer entsprechenden Gesetzesnovelle enden würde. In der Gemeinderatssitzung Anfang August 1975 vertrat der Gemeinderat ebenfalls den Standpunkt, dass alles getan werden müsse, um die Selbstständigkeit zu erhalten. Sollte dies nicht gelingen, dann wäre ein freiwilliger Anschluss an Lichtenfels bis zum 1. Januar 1976 geboten, um in den Genuss der staatlichen Fördermittel von zirka 450.000 Mark zu gelangen.

Das Hauptthema der Bürgerversammlung vom 29. August 1975 war



Der Lichtenfelser Bürgermeister Dr. Günther Hauptmann (mit Amtskette) und der ehemalige Schneyer Bürgermeister Erich Strähnz (links neben Hauptmann) mit Lichtenfelser Stadträten und ehemaligen Schneyer Gemeinderäten bei der Ortsbegehung kurz vor der Eingemeindungsfeier am 27. Mai 1978. Foto: red

natürlich die Gebietsreform. Obwohl Bürgermeister Strähnz berichten musste, dass seinem Vorsprechen bei der Regierung in Bayreuth kein Erfolg beschieden war, da diese weiter an ihrem Vorschlag einer Eingemeindung nach Lichtenfels festhalte, war die einhellige Meinung unter den Anwesenden, weiter für die Selbstständigkeit zu kämpfen. Am 5. September folgte eine Besprechung beim Bayerischen Innenministerium, die ebenfalls nicht das gewünschte Ergebnis brachte. In der Gemeinderatssitzung vom 8. September 1975 fasste das Gremium mit 13:1 Stimmen den Beschluss, den Vorschlag der Regierung von Oberfranken abzulehnen, der eine Eingemeindung von Schney nach Lichtenfels vorsah. Lediglich Joachim Klett setzte sich für eine Eingliederung nach Lichtenfels ein, weil er in der Zentralisierung und Rationalisierung wesentliche Vorteile für die Bevölkerung erblickte.

Auf Anregung von Richard Hohmann brachte die SPD-Fraktion in die Gemeinderatssitzung vom 6. Oktober 1975 den Antrag ein, eine Bürgerbefragung zur Gebietsreform zu organisieren, der vom Gremium positiv beschieden wurde. Nach einer vorausgehenden Aufklärungsversammlung fand die Abstimmung am Sonntag, 30. November, statt. Die Schneyer mussten auf die folgenden Fragen eine Antwort geben: „Soll die Gemeinde Schney um ihre Selbstständigkeit kämpfen?“ und „Wenn ja,

sind sie der Meinung, dass gegen die Entscheidung der Regierung von Oberfranken der Rechtsweg eingeschlagen werden soll, selbst dann, wenn finanzielle Zuweisungen und der Prozess verloren gehen?“ Obwohl 85,75 Prozent bzw. 85 Prozent die beiden Fragen mit „Ja“ beantworteten, deutete die äußerst geringe Wahlbeteiligung von 45,39 Prozent darauf hin, dass die Mehrheit der Bevölkerung keine große Hoffnung mehr auf Erhaltung der Selbstständigkeit hatte.

Nach der Bürgerbefragung stimmte der Gemeinderat in der letzten planmäßigen Sitzung des Jahres 1975 am 11. Dezember erneut über die Zielplanung der Bezirksregierung ab und lehnte diese mit 12:2 Stimmen ab. Noch im Dezember erließ der Landtag das Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften, das den Gemeinden die Möglichkeit nahm, bei Ablehnung der Zielplanung ihre Rechte vor dem Verwaltungsgericht wahrnehmen zu können.

## Knappes Votum

Die geänderte Rechtslage veranlasste den Schneyer Gemeinderat kurz vor Jahresende, am 29. Dezember 1975, eine weitere Sitzung anzuberaumen. Für Bürgermeister Strähnz und Zweiten Bürgermeister Hohmann war es nun klar, dass eine Eigenständigkeit nun nicht mehr zu erreichen war und man auf die Fördermittel

von fast einer halben Million Mark im Zuge einer freiwilligen Eingliederung nicht verzichten könne. Schließlich stimmte das Gremium zum dritten Mal über die Eingemeindungsfrage ab. Mit einer knappen Entscheidung von 7:5 entschied man sich schließlich für eine Eingemeindung nach Lichtenfels, dessen Termin man in der Sitzung vom 2. Februar 1976 auf den 1. Mai 1978 festlegte.

Die Gemeinderatssitzung vom 30. Januar 1978 zeigte, dass man sich mit der kurz bevorstehenden Eingemeindung immer noch nicht abgefunden hatte. Der Gemeinderat beschloss nämlich der Aktionsgemeinschaft „Demokratische Gemeindegebietsreform“ beizutreten, die vom Bayerischen Verfassungsgericht die vermeintliche Verfassungswidrigkeit der von der bayerischen Staatsregierung ausgeführte Gebietsreform feststellen lassen wollte.

Die letzte Gemeinderatssitzung fand im Beisein zahlreicher Bürger und Ehrengäste am 27. April 1978 im Festsaal des Schlosses statt. Bürgermeister Strähnz hielt eine wehmütige Rückschau auf die mehr als 1200-jährige Geschichte von Schney, verabschiedete die Gemeinderäte und überreichte unter dem Beifall der Anwesenden Andreas Werner für seine vielfältigen Verdienste als Geschichts- und Heimatforscher die Ehrenbürger-Urkunde.

Der letzte Gemeinderat setzte sich wie folgt zusammen: Bürgermeister

Erich Strähnz, Zweiter Bürgermeister Richard Hohmann, Dritter Bürgermeister Bernhard Schoder, Anneliese Dorenburg, Friedl Rehm, Andreas Gutgesell, Max Hirsch, Joachim Klett, Hans Knöferl, Hans Münch, Rudi Gärtner, Willy Förtsch, Otto Schöpf, Hans Kolb und Siegfried Waas.

Der Gemeindeabend am 5. Mai in der Turnhalle, der als Abschiedsabend gedacht war, sollte dazu dienen, die Dorfgemeinschaft zu stärken und das Zusammengehörigkeitsgefühl unter Beweis stellen. Neben einem einstündigen Vortrag von Ehrenbürger Andreas Werner unterhielten der Gesangsverein Schney unter der Leitung von Herold Gagel und Willy Förtsch mit zwei in Schneyer Mundart vorgebrachten Gedichten über den letzten Gemeinderat und die Gebietsreform die Gäste.

Nach einem Rundgang durch Schney mit einer Lichtenfelser Delegation fand am 27. Mai 1978 in der Gaststätte Müller in Reundorf zusammen mit Reundorf die offizielle Eingemeindungsfeier statt. Der ehemalige Schneyer Bürgermeister Erich Strähnz und der Lichtenfelser Bürgermeister Dr. Günther Hauptmann unterzeichneten die Urkunde. Die Feier für die Bevölkerung wurde anlässlich des Schützenfestauftaktes am Freitag, 30. Juni 1978, abgehalten.

## Gebietsreform abgeschlossen

Trotz abgeschlossener Gebietsreform glimmte der Hoffnungsfunke „Selbstständigkeit“ immer noch in Schney, der Anfang 1979 wieder aufloderte, als bekannt wurde, dass die Bayerische Regierung Korrekturen an der Gebietsreform zulassen wollte. Eine Bürgerinitiative startete eine Unterschriftenaktion. Die Unterschriftenliste wurde mit einem Antrag auf Selbstständigkeit dem Landtag vorgelegt, der aber am 7. Februar 1980 abgelehnt wurde, da man nur mehr Änderungen bei Verwaltungsgemeinschaften zuließ.

Trotz teilweise gegenteiliger Befürchtungen, wurde aber Schney von der Stadt Lichtenfels in der Folgezeit keinesfalls vernachlässigt, schließlich stellte Schney seit der Eingemeindung immer mindestens vier Stadträte. Folgende Stadträte vertraten bzw. vertreten den größten Stadtteil im Lichtenfelser Stadtrat: Joachim Klett (1978-84), Erich Strähnz (1978-90), Otto Schöpf (1978-96), Richard Hohmann (1978-8.9.2003, verstorben), Heinz Gärtner (ab 1978), Ulrich Voigt (1990-96), Waltraud Heublein (ab 1996), Rudi Breuning (ab 1996), Hans-Heinrich Bergmann (1996-2002, ab 13. Oktober 2003), Norbert Mages (Mai bis August 1996).

Dr. Alfred Thieret